





# Warum sind die Kommunisten Gegner der Umsatzsteuer?

Rede des Genossen Neubauer

In der bereits geteilten Mittheilung über die Verhältnisse der Umsatzsteuer, haben wir heute die Rede des Genossen Neubauer nach, der den Standpunkt der Kommunisten, die die Umsatzsteuer ablehnen, begründet. Vom Montagmittag die Abgeordneten Veine (Soj.) und Strobal (Dem.) die Anträge ihrer Parteien begründet hatten und der Staatssekretär Wopis erklärt hat, daß die Regierung nicht daran denke, irgendwelche weiteren Ermäßigungen oder Verbesserungen der Umsatzsteuer zuzulassen, ergreift der Genosse Neubauer zu diesem Thema das Wort.

Gegenüber dem Staatssekretär Wopis stellt er fest, daß sein Benehmen zeige, daß die Regierung auch über die Argumente der bürgerlichen Opposition, der Demokraten, mit einer eleganten Geißel hinweggehe. Sie hält es nicht für nötig, ihre Maßnahmen zu verteidigen.

Die Argumente, die der demokratische Abg. Dr. Fischer gegen die Umsatzsteuer vorgebracht hat, sind um so nachdrücklicher, da sie vom Standpunkt der sozialistischen Arbeiter aus gelangt wurden und den Argumenten entsprechen, die der Reichswirtschaftsrat gegen die Umsatzsteuer geltend gemacht hat. Ein Ausmaßausweis des Reichswirtschaftsrats sagt in einer Entschließung über diese Steuer:

1. erichert sie die Ausfuhr, ohne deren Steigerung die deutsche Wirtschaft nicht leben kann;
2. wirkt sie gleichmäßig als eine Einfuhrprämie;
3. fördert sie die verfallene Konzentration, d. h. die Vertreibung der deutschen Wirtschaft und zwar besonders bedenklich dadurch, daß vielfach Scheinunternehmen lediglich zur Vermeidung der Umsatzsteuer geschaffen werden.

Zu diesen drei Punkten kommen noch weitere. Neben sie aber einleuchtend, so wird damit nur bestätigt, daß die Umsatzsteuer eine außerordentliche Verzerren der gesamten Produktion bringt.

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsrats über die Leder-Gruppe stellt über die Belastung des Schuhpreises durch die Umsatzsteuer folgendes fest: bei dem damaligen Steuerfuß von 2 1/2 Prozent ergab sich, daß bei einem Schuhschuhpreis von 1000 Mark für das Fell (wobei 575 Mark Wertpreises und 25 Mark Umsatzsteuer enthalten sind) das Produkt eine Entlastung von acht Prozent durchgemacht, wobei es wiederum mit Umsatzsteuer belegt wird. Die 25 Mark Umsatzsteuer steigen in der ersten Stufe auf 29,49 Mark, in der zweiten Stufe auf 32,06 Mark, in der dritten Stufe auf 44,39 Mark, in der fünften Stufe auf 48,226 Mark, in der sechsten Stufe auf 79,19 Mark, in der siebenten Stufe auf 89,35 Mark und in der achten Stufe auf 119,13 Mark. Somit beträgt die Belastung der Schuhproduktion durch die Umsatzsteuer bei diesen insgesamt acht Stufen 10,86 Prozent.

Nach der Entlastung wird der Prozentsatz etwas geringer sein, das Beispiel zeigt aber das laminarische Anwachsen dieser Steuer. Dazu kommt, daß es eine ganze Reihe von Produktionen gibt mit noch mehr als acht Stufen. Aber selbst diese Berechnung ist noch unvollständig, denn die Maschinen, mit denen die Schuhe hergestellt werden, die Kaufkraft der Fabrikate usw. sind auch mit Umsatzsteuer belegt und wird diese mit auf die Waren aufgeschlagen.

Dadurch wird die gesamte Produktion natürlich außerordentlich verteuert und der Weltmarkt der deutschen Industrie im Ausland erschwert. Die Kapitalisten fordern, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, Schutzgelder, besondere Exportprämien und besonders begründen sie mit diesem Argument ihre Forderung auf Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Die Umsatzsteuer ist aber eine der stärksten Hemmnisse für diesen Weltverkehr. Sie verteuert die Inlandprodukte als Einfuhrgegenstände. Schon aus diesen beiden Gründen ist ihre Beseitigung nötig. Aber dazu kommt noch ein Moment, das in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats vorgelegt ist und das für uns ausschlaggebend ist. Die Umsatzsteuer wirkt produktionshemmend, produktionsverzerrend, wettbewerbsverzerrend. Dadurch verdrängt sie die vorzuziehende Produktions- und Absatzweise. Damit

verursacht sie zugleich eine neue Steigerung der Erwerbslosigkeit für Jehnhaube von Arbeitern.

Dieses letzte Moment, das die Arbeiterinteressen angeht, beruht auf der Reichswirtschaftsrat und die Kapitalisten nicht. Der Reichswirtschaftsrat fordert mit aus diesem Grunde mit der Beseitigung dieser Steuer.

Die Regierung und auch die Parteien haben aber trotz der vielen Bedenken, die gegen diese Steuer aus so kapitalistischer Seite geäußert werden, erklärt, daß sie auf absehbare Zeit nicht an eine Beseitigung dieser Steuer denken. Die Regierung hat dadurch, daß sie diese Steuer in den Finanzausgleich für die Länder heringebracht hat, bewußt einen Verstoß begangen, der sich der Beseitigung der Umsatzsteuer in Zukunft entgegenstellen wird. Dadurch, daß die Länder an der Umsatzsteuer einen Nutzen als Einkünfte ihrer Vertreter im Reichstag gegen die Beseitigung der Umsatzsteuer eintreten.

## Abenteuer einer Dame

Von Marietta Schagalin

21 Eine warme Welle, die zu meinem Herzen strömte, weckte mich auf. Jemand rief meine Namen mit einem flüchtigen. Es roch nach Wein, etwas mystisch geruchvoll, es war ein Automobil. Ich schloß wieder die Augen und hörte mit unangenehm flüchtigem Gefühl, daß ich aufgewacht und auf etwas Wichtiges hingeleitet wurde, dann wurde ich durch unheimliche, elastische Stöße, wie die Stöße eines geübten Fahrers, eingeleitet.

So lag ich, ich weiß nicht, wie lange, bald hindämmerte, bald in wachem Zustande, und wieder in die schimmernden Wälder der Bewußtlosigkeit versankend, und lauschte auf das ununterbrochene Säuseln meines Wirtes. An einem Morgens, als ich halb im Schlafe lag, wurde ich von dem mit wuschelhaften Zittern vom Kopf bis zu den Füßen befallen. Was war geschehen? Ich erhob mich, legte mich in mein fremdes Zimmer.

„Wo ist Maria? Maria? Man muß dem Kammerbetrn das Essen bringen! Wie spät ist es denn?“ Eine unbekannte Hand legte mich wieder hin. Eine Frauenstimme sagte:

„Reinzuhalten Sie sich nicht. Alles ist in Ordnung.“ Ich schloß halb die Augen und tat, als schlief ich. Ich wollte niemandem anmerken, mit einem Brief überreichen. Ich dachte, mein treues Gesicht mit dem blauen Band, das meine Lippen bewegte und mein Herz angenehm und leicht kitzelte, nicht unterdrücken. Später erfuhr ich, daß all diese Ereignisse die verdrängten Studien einer Herzkranke waren. Ich verhierte aber den Verstand, das nicht bei dieser Krankheit unermesslich schöne Zustände hat. Sie muß auch der letzte Augenblick sein, in dem das Herz aus unserer Brust dem Tode entgegengeht.

„Zu gebauer ich wurde, um so fürzer wurden ihre letzten, freudigen Augenblicke. Meine Gedanken wurden deutlicher, alle alten Sorgen wurden meinem Gedächtnis genau erkennbar, wie die Gegenstände des Schlafzimmers beim Erwachen; mit Schreden dachte ich an die Wälder, an den Alten, an die Zukunft. Ich lag in einem lauberen, schön ausgestatteten Schlafzimmer, auf einem weichen Bett. Eine ältere Frau mit einem blauen Band, das meine Lippen bewegte, pflegte mich. Außer ihr kam einige Male am Tage eine große, blonde Frau in mein Zimmer, die ich häufig, aber lang und schon war. Sie behandelte mich herzlich, aber zurückhaltend. Ich fürchtete mich, Fragen an sie zu stellen, aber sie teilte mit von selbst mit, daß die

Auch von den bürgerlichen Parteien wird hervorgehoben, daß die Umsatzsteuer insofern ein Hindernis ist. Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich zu dem Zweck, den Staat um die Steuer zu befreien, Scheinunternehmen geschaffen wurden, die es ermöglichen, die Umsatzsteuer zu sparen und den Profit selbst einzunehmen. Wenn ein Konzernunternehmen an das andere abgibt, so ist dieser Umsatz, weil das andere Unternehmen zu demselben Konzern gehört, steuerfrei.

Zu dieser Steuerfreiheit haben alle übrigen Parteien den Konzern verschoben. Derselben Parteien können es jedoch als viele Vergünstigung den Gesellschaften zu gewähren; kann wenn die Genossen einlaufen und an sich selbst verkaufen — das ist das Prinzip der Gesellschaften — so müssen die Umsatzsteuer bezahlen. Die Konzerngenossen, die die Umsatzsteuerfreiheit haben, haben gar kein Interesse, daß diese Steuer aufgehoben wird; denn so lange diese Industrie verteuert und wird die Preise der Produkte steigen. Ein Eisenwerk oder Walzwerk z. B., das seinen Konzern angeht, muß für bezogene Waren Umsatzsteuer zahlen — lagen wir 100 000 Mark. Aber ein anderes Walzwerk, das einem Konzern angehört 100 000 Mark. Sie werden aber nicht zur Verbilligung der Produktion veranlaßt, also zur Konkurrenzfähigkeit, sie ist ein Extra profit und Monopolprofit des Konzerns. Die Großindustrie hat also gar kein Interesse an der Beseitigung dieser Steuer und daher erstreckt sich auch die Stellungnahme der Regierungsparteien zu dieser Steuer.

Wenn die Steuer nach dem Vorschlag der Regierungsparteien und ein Mittel gegen die Inflation herbeigeführt wird, so wird das keine Senkung der Preise bringen, sondern nur eine Steigerung des kapitalistischen Profits gestalten.

Wir haben die Regierung gefragt, welche Kontrollmaßnahmen sie ergreifen will, bis bisher jedoch ohne Antwort geblieben. Wir werden den Verbesserungsvorschlägen der Demokraten und Sozialdemokraten zustimmen, nicht deshalb, weil wir davon eine Verbesserung erwarten, sondern weil eine größere Ermäßigung die Spannung zwischen den Parteien mit dem zu beschließenden Steuerfuß leicht etwas größer macht und damit die Möglichkeit, daß der Staat die Defizitlücke preislenkend wird, ermeitert wird. Die Regierung trat dem demokratischen Antrag auf Herabsetzung auf ein Prozent mit dem Argument entgegen, die Senkung um ein Viertel Prozent, wie sie von der Regierung geplant ist, bedeute bereits einen Verlust von 300 Millionen, alles weitere aber ein untragbar. Das ist die Wahrheit, die Regierung den Kongressen 300 Millionen Extraprofit gibt, wenn sie nicht eine wirkliche Kontrolle schafft, die eine Senkung der Preise bringt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, daß die Regierung im Jahre 1922 zugegeben hat,

daß 40 Prozent der von den Kommunisten geforderten Umsatzsteuer nicht abgehört wurden.

Wir fragen die Regierung: hat sie Maßnahmen darüber getroffen, wieviel jetzt hinterzogen wird und weiter; welche Maßnahmen gegen sie zu treffen, um diese Steuerentziehung zu bekämpfen? Die Umsatzsteuer ist unserer Meinung nach geradezu eine Steuer, die zur Gaunerei erzieht, die der Produzent oder der Zwischenhändler immer wieder auf das Proletariat abwälzen kann.

Im vorigen Jahr ergab die Umsatzsteuer 2000 Millionen für dieses Jahr wird sie mit 1500 gebildet; wir glauben aber, daß sie durch die Preiserhöhung auch in diesem Jahre trotz der Senkung 2000 Millionen wieder erreichen wird.

Die wünschenswerte Befreiung dieser wucherhaften Steuer beträgt für einen Proletariatshaushalt bei einer wünschenswerten Ausgabe von 2,55 Mark rund 1,20 Mk.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit die Beseitigung dieser Steuer. Am Ausschluß stimmen die Sozialdemokraten gegen diesen Antrag. Sie verweigern die Beseitigung der wucherhaften Steuer weiter, damit der kapitalistische Staat die Wälder schöpfen kann. Wir haben die Sozialdemokraten befragt, die Umsatzsteuer auf Lebensmittel zu belassen. Das sieht schon aus, aber Tatsache ist, daß in den Lebensmittelpreisen bereits die Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel usw. liegt. Es werden also nur einige Stellen durch diesen Antrag von der Umsatzsteuer befreit.

Weiter wenden wir uns gegen die Einbeziehung der Beamten und Ärzte in die Umsatzsteuer, denn dann, wenn die proletarischen Familien die beamtete bzw. den Arzt in Anspruch nehmen müssen, werden sie aufs schärfste getroffen. Die Umsatzsteuer auf die Hilfeleistung ist das ungeliebteste, was man sich denken kann. Gleichfalls wenden wir uns gegen die Besteuerung der Arzneimittel.

Diese Regierung, die Steuergeheule über Steuergeheule für die Wissenschaften hat, die auf die Besteuerung der Wissenschaften verweist, die die Wissenschaften der Wissenschaften verweigert und sich schließend vor die Steuerüberhebung stellt, muß die Umsatzsteuer, die allein die breiten Massen tragen müssen, mit dazu, die Steuergeheule an die Befehlenden auszugleichen. Für die Arbeiter

beiden kleinen Wäldern zu ihrer Zante gefahren seien, daß der Kammerherr freigegeben ist als Arbeitsinhaber auf Kosten der Sozialversicherung. Sie hat mich zu erwecken, betritt mich mit die Achseln klammerte. Die Sorge um jene Wälder war für mich eine Kränke, ohne deren Stoff nicht mehr geben konnte.

„Gut, nach einem tiefen Schlafe, öffnete ich die Augen und schaute mich vollständig gesund. Ich schloß sofort, daß ich im Zimmer ein Fremder befand. Es war ein Mann, er lag neben mir, den Ellenbogen auf mein Bett, die Hande auf die Hand gestützt, und betrachtete aufmerksam meine Hände, die auf der Dede lagen. Im Zimmer war Halbdunkel, und er merkte nicht, daß ich aufgewacht war. Ich lag in die gleiche Richtung wie er. Meine Hände waren inwendig weißer und matter geworden, die Finger mit Schwielen bedeckt. Ich fürchtete mich, die Hände zu bewegen, um den Mann, der mir bekannt schien, nicht aufzuwecken. Ich sah noch eine goldig schimmernde, luxuriöse Haarlocke am Ohr und den Galb, der mich aus dem Hochstamm hervorhimmerte. Möglich lautete er, daß der Herr heute sich über meine Hände wunderte, daß er sie nicht mehr so schön fand. Ich dachte, wie man schlafende Kinder küßt. Ich bewachte mich, er würde sofort vom Bett ab und ich mich verlegen an. Unsere Augen begegneten sich, es war Genosse Besenomon. Die ersten Worte, die er sagte, waren:

„Haben Sie gesehen, daß ich Ihre Hand geküßt habe?“

„Ich möchte nicht, daß Sie das falsch beurteilen. Als ich hier lag, dachte ich an die Frauen, dachte daran, daß sie in vieler Hinsicht besser sind als wir. Es war mir angenehm, Ihre Hände zu betrachten: sie haben im Lebenskampf ehrenvolle Wunden davongetragen. Ich hätte sie in der Erwartung, daß sie mir die Hand drückten, die lange Erwartung nicht abzugeben. Sie kam mit jüngerhaft und überflüssig vor. Ich schloß die Augen und sagte:

„Ich hätte das weder einfach noch verkehrt beurteilt, ich hätte überhaupt nicht weiter daran gedacht. Ich möchte wissen, ob Sie meinen Brief erhalten haben, wer den Kammerherrn befreit hat und wie ich mich in der Erwartung, daß sie mir die Hand drückten, die lange Erwartung nicht abzugeben. Sie kam mit jüngerhaft und überflüssig vor. Ich schloß die Augen und sagte:

„Ich hätte das weder einfach noch verkehrt beurteilt, ich hätte überhaupt nicht weiter daran gedacht. Ich möchte wissen, ob Sie meinen Brief erhalten haben, wer den Kammerherrn befreit hat und wie ich mich in der Erwartung, daß sie mir die Hand drückten, die lange Erwartung nicht abzugeben. Sie kam mit jüngerhaft und überflüssig vor. Ich schloß die Augen und sagte:

nicht es nur einen Ausweg; sie müßten die Beseitigung dieses Systems durchsetzen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Nachdem die Genossen Bente und Kieß, der erste hauptsächlich zu dem Thema Umsatzsteuer und Genossenschaft, der andere über die Fragen der Kapitalflucht gesprochen hatten, wird in die Beratung des Gesetzentwurfs über die

## Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer

eingetretet. Die Regierungsparteien, insbesondere die Bayerische Volkspartei, hielten es nicht für nötig, zur Biersteuer das Wort zu nehmen. Genosse Schumann, München, wandte sich gegen die Erhöhung der Biersteuer und forderte die Beseitigung der Biersteuer und die eine neue ungeheure Belastung der arbeitenden Massen bedeutet.

Zur Tabaksteuer sprach Genosse Döberlein. Er stellte fest, daß bei Annahme der Ausfuhrerhöhung die Tabaksteuer durchschüssig um 40 Prozent steigen würden. Zu dem Steuerantrag kommt noch die unerhörte Ausrauberei der breiten konsumierenden Massen. Nur eine kleine Schicht zieht Profit aus der Tabaksteuer und dem Tabakhof, während auf der anderen Seite die Beseitigung einer großen Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter droht. Die Kommunisten werden die ganze Vorlage ablehnen.

Darauf wurde über den Ausfuhrerhöhung und Tabakhof entschieden, den wir bereits geteilt gedruckt haben.

## Neues aus aller Welt

### Amerika möchte den Nordpol anektieren

In dieser Woche werden die Flugzeuge Mac Millans von ihrer Fahrt Gen, die nimmend von der Expedition erwidert wurde, mitgeführt werden. Die Expedition wird den Nordpol anektieren und den Nordpol zur Entdeckung von Neuland abgeben. Etwas gefundenes Neuland soll für Amerika besetzt werden.

### Die neuen Drei- und Fünfmarkstücke

Die Reichsregierung hat vorgeschlagen, daß die neuen Dreimarkstücke einen Durchmesser von 30 Millimeter und die Fünfmarkstücke einen solchen von 36 Millimeter haben sollen. Als Münzbild ist eine Darstellung gewählt, die neben dem Heiligenschein, ein Gedächtnis für die Zahlentausender der Rheinlande aufweist. Das Gedächtnis zeigt das Bild eines Wälders, der auf einen, den Reichsleiter tragenden Schilder der Traktat führt. Der Sinn dieser Darstellung wird durch eine entsprechende Unterschrift erläutert. Die bisher vorgezeichnete Umrandung soll nach einem Beschluß des Reichsrats in Wegfall kommen. Die Ausprägung dieses neuen Münzbildes bezieht sich jedoch nur auf den Rest der feineren bereitgestellten 100 Millionen Reichsmark.

### Ein Reichswehrautomobil verunglückt

Köln, 3. August. Auf der Chaussee zwischen Kolberg und Plathe verunglückte am Sonntag ein Kraftwagen der 2. Kompanie des 11. Kraftwagenbataillon der Reichswehr in Kolberg. Der unter der Leitung des Feldwebels H. Züchling dem Wagen steuernde Fahrschüler, Interzessier Wälder, wollte seine Kilometer von Plathe ein Geplänne überholen, das im letzten Augenblick falsch ausging und vor den Kraftwagen geriet. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, griff der Fahrer bei der Steuerung und rief den Wagen herum. Die Fahrt wurde gegen einen steilen Abhang überführt, der sehr wehl wurde getötet, der Interzessier kam mit dem Schrecken davon.

### Schweres Flugzeugunglück

Wien, 3. August. Auf dem holländischen Flughafen in Kehl ereignete sich ein Flugzeugunglück, das zwei Menschenleben forderte. Ein Militärflugzeug, das gerade aufstieg, überließ sich in geringer Höhe einer Folge eines plötzlichen Windstoßes, stürzte zu Boden und fing Feuer. Die beiden Insassen, ein ischscholomastischer Staatsanwalt und ein Oberleutnant, verunglückten. Der Oberleutnant, Chef des Generalstabes, Stroh, von dem die Unfallgeheimnisse, dieses Flugzeugunglück erzeugt um große Bekämpfung, als die ischscholomastische Fliegerarmee in den letzten Jahren von außergewöhnlich zahlreichen Katastrophen heimgesucht wurde.

### Schwering hilft den Opianten durch Schutzpolizei

Berlin, 3. August. Ueber die Lage im Schneidemüller Lager erklärte, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, der preussische Minister des Innern, Schwering: Durch die händigen Wälder werden sich die Verhältnisse in kurzer Zeit verbessern, daß die Kinder ohne Besorgnisse dort längere Zeit verbleiben könnten, falls dies erforderlich sei. Der Minister betonte ferner, daß die Schneidemüller Behörden von ihm von Anfang an mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet worden seien und daß sie auch befristet werden können, so die Schutzpolizei personal anzuwenden, wie sie zur Bewältigung der technischen Arbeiten brauchen.

„Was sind denn das für 'edelmütigen Arbeiten', die von der Schutzpolizei bewältigt werden sollen?“

der Apothekerin, dann kam ihre Zante und nahm sie mit. Sie hinterließ einen Brief für Sie, den Sie lesen werden, wenn Sie nicht mehr in dem Baderort, sondern in der Stadt, bei meiner Mutter. Die ältere Frau heißt Maria Jantagowa und ist meine Mutter, die blonde, meine Schwester, heißt Jaina Wäldersjennä.“

„Und wie heißen Sie selbst?“

„Ich heiße Sergei Wäldersjennä. Sie haben in mir wohl den jülicher Gedächtnis erkannt? Auch ich habe Sie damals, vor dem Expeditionsmoment, sofort erkannt. Im übrigen bin ich Reichswehrmann, wenn ich auch nicht zu Ende studiert habe, ich verbeide Ihnen energisch, zu sprechen. Für heute genügt es.“

Er erhob sich, schloß die Tür zu und verließ das Zimmer.

Von diesem Tage an machte meine Bekanntschaft Jantagowa. Die Jantagowa bewohnte mit ihrer Tochter eine sehr schöne Wohnung in einem Privathaus. Ich stellte fest, daß der Sohn irgendwo anders wohnte; sie sprachen wenig von ihm und nur mit einer gewissen Erbitterung, ohne jede Zärtlichkeit. Allmählich erfuhr ich, daß Jaina Wäldersjennas Mann, ein reich leibender Herr, ebenfalls ins Ausland geflüchtet war, daß die Sohn sich längst von ihnen getrennt, lange im Ausland geblieben hatte, denn emigriert war, und daß sie sich endlich wiedergetroffen hatten.

„Wie sind verdrängte Menschen?“ sagte Jaina Wäldersjennä trocken. Sie werden mich weiteres verdrängen. Denken Sie sich all das Entschlossene, was jetzt geschieht, viele politischen Experimente mit einem ungeduldeten, halbwilligen Volk, und unter Serjoscha in einer Gesellschaft mit Wäldern und Gauern. Es kostet uns Mühe, uns über die gleichgültigsten Dinge zu verständigen; wir werden niemals eine gemeinsame Sprache finden können.“

„Serjoscha hat jetzt den ersten Fund auf der Straße seinen Verwandten vorgelesen.“ In der Mutter fort, wobei Schrittzorn und Gierigkeit sich auf ihrem Gesicht malte. „Ich habe ihn grenzenlos geliebt, ich habe ihm alle ebedentlichen Opfer gebracht, habe in der Provinz mit ihm gelebt, jeden Sommer mit ihm auf dem Lande zu gebracht, weil er als Kind noch irgendwo Gesundheit hat, das alles hat er mir niemals, auch nicht die geringsten Zärtlichkeitsbeweise angedeutet. Sein Einberuf, die Dienstleistungen, die Dienstleistungen, der Vater, alle hat er geliebt, an alle hat er gedacht, an mich aber niemals. Manchmal nahm ich einen Zedersstängel, kitzelte ich ihm zu und sagte: Ich nur, das ist vom Leben. Er erwiderte mir in die Rede und sagte: Ich will nichts vom Leben. Das stellt mich! Und so war es immer. Als er aufs Gymnasium kam, wurde er uns erduldet entzogen.“ (Fortsetzung folgt)







# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der SPD.

Bereitigung Internationaler Genossenschaftlicher Zeitschrift, Berlin SW 61, Planufer 17

## Der Internationale Genossenschaftstag in Deutschland.

C. S. Die Internationale Genossenschafts-Allianz (IGA) in London möchte, wäre sie eine zentralistische proletarische Weltorganisation, die deutschen Genossenschaftsinstitutionen öfter an ihre internationalen Aufgaben erinnern. Denn der Opportunismus und Nationalismus dieser Clique geht jetzt so weit, daß sie die Aktionen der IGA, — die sich mit ihrer politischen Auffassung durchaus bedecken — immer mehr sabotieren. Monatelang ist Kaufmann als Vertreter des Zentralverbandes, weil die Franzosen und Engländer das Rheinland besetzt hatten, den Sitzungen der IGA ferngeblieben, wenn sie in „Reinhardt“ stattfanden, weil er den Boden des „Schneiders“ nicht betreten wollte. Jetzt erkrankte Kaufmann eine persönliche Hege- und Verleumdungskampagne gegen den Sekretär der IGA, W. a. n., um ihn zu beseitigen, weil er ein nicht genügend williges Werkzeug der Hamburger Clique gegen die russischen Genossenschaften und die kommunistische Opposition ist und die IGA nicht sprengen lassen will.

Um die Sabotierung des internationalen Genossenschaftstages in Deutschland zu begründen, hat die Hamburger Clique erdacht, daß der erste Sonnabend im Juli zweifellos ein für ungünstigster Tag für beratende Veranstaltungen sei. Damit soll sich das Nichterscheinen „entschuldigen“ lassen. Die Verantwortung tragen auch in diesem Jahre in erster Linie die Zentralinstitute, die es an den notwendigen Vorbereitungsarbeiten in jeder Beziehung vernachlässigen. Die deutschen Anhangen haben die Klassenverleumdungen und die Zölibatier auf den Völkern nicht so in den Vordergrund gestellt wie die IGA, um in einer geschickteren, die breiten Massen leichter beruhigenden und bestechenden Weise dennoch von der „friedlichen Gemeinamkeit“ unter dem „Hegensberg-Sonnen“ zu räumen. Die deutschen Zentralinstitute wollten den Genossenschaftsmittglidern nicht so offen am 4. Juli des zukünftigen „Genossenschaftstages“ und des friedlichen Einheitskampfes in den Sozialismus gedenken lassen. Am 4. Juli sollten die Mitglieder nur ihren Genossenschaftsaktionen: „Treu im Einsatz, Stärkung ihrer Betriebsmittel durch reichliche Einschaltung des unersetzten Gesellschafts und Einschaltung aller verfügbaren Mittel als verlässliche Sparorganen, — am 4. Juli sollten die Genossenschaften ihrer Generale geloben: gleiche Treue, wie sie sie von ihren Mitgliedern erwarten. Hochachtung ererbter Genossenschaftlicher Grundsätze, Pflichterfüllung, verantwortungsbewußtes Arbeiten nach lauteinstimmigen Beschlüssen.“ So „bescheiden“ war doch in seinem Artikel zum 4. Juli.

In nur wenigen der 1200 Konföderationen haben Veranstaltungen am 4. Juli stattgefunden und so etwas getan wurde, waren es Runderheben, Besuche und sonstige „Festlichkeiten“. Die Anzahl der Veranstaltungen hand noch sehr hinter den

Jahren 1923 und 1924 zurück. Die deutsche Genossenschaftsbürokratie ist sich eben besser als die IGA, bewußt, daß sie eine aktive Mitteilnahme in den Konföderationen fürchten muß. Wie schnell könnten die aktiven Mitglieder die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Arbeit der Instanzentzogene für die Konföderationen erkennen. Das geht nicht, darum muß jede Aktivität und alles Leben unterdrückt werden. Sogar die Gesellschaftskräfte in der sozialdemokratischen Tagespresse war erheblich gegenüber den Vorjahren zurückgegangen.

Es blieb auch in diesem Jahre wieder den Kommunisten überlassen, den internationalen Genossenschaftstag durchzuführen. In den oppositionellen Konföderationen haben Kundgebungen, Demonstrationen, Versammlungen usw. stattgefunden. Die Zentrale der SPD hatte eine spezielle Genossenschaftsaktion als Maßstab des internationalen Genossenschaftstages angesetzt und es sind in den meisten Bezirken öffentliche Genossenschaftsversammlungen, Parteiversammlungen mit Genossenschaftsreferaten usw. durchgeführt. Vor allem hat die kommunistische Tagespresse eine ganze Woche lang Artikel und Notizen über die Genossenschaftsaktion veröffentlicht. Die Zentrale der SPD, das Exekutivkomitee der Kommintern, die Rote Genossenschaftsinternationale und der Internationale Bauernrat hatten Aufrufe zum internationalen Genossenschaftstag erlassen. In allen Städten wurde ein Plakat mit dem Aufpruch der Zentrale der SPD, angeheftet. Die „Anprecher“ brachte eine reichhaltige Sondernummer mit Genossenschaftsartikeln.

Es kann gesagt werden, daß die Kommunisten trotz der nur äußerlich schwachen Positionen in den Konföderationen diejenige gewesen sind, die auch in diesem Jahre der Gesamtarbeiterbewegung die Bedeutung des internationalen Genossenschaftstages gezeigt haben. Natürlich nicht unter den pazifistischen Vorträgen und Lektionen der IGA, nicht unter den „alibiwährten genossenschaftlichen Grundrissen“ der Hamburger Zentralinstitute, sondern unter Lektionen und Vorträgen, die für die gesamte Arbeiterklasse und die Konföderationen von größter Bedeutung sind. Gegen die imperialistische Offensiv- und die neuen imperialistischen Kriegsvorbereitungen, — gegen den Verrat der Genossenschaftsbürokratie in allen Ländern, — gegen die Steuer- und Schutzpläne der deutschen Bourgeoisie, — für die Umwandlung der IGA zu einer revolutionären Weltorganisation, — für die internationale Genossenschaftseinheit und die Teilnahme der Genossenschaften am Weltkongress, — für die Ausrüstung aller proletarischen politischen Gefangenen, — für den gemeinsamen Kampf der Genossenschaften, Genossenschaften unter Führung der SPD, für die Lebensinteressen des Proletariats, — das waren die Lektionen der Kommunisten.

### Wie es sein muß!

#### 95% Kommunisten im Konjum-Verein.

Bei einer Wahltagung im Bereich des Bezirks-Konföderationsrats Wittenfeld wurde festgestellt, daß 95 Prozent aller Kommunisten Mitglieder der Konföderation sind. Auch aus Zeugnissen war ersichtlich, daß von 95 Prozent der Parteimitglieder in den Genossenschaften organisiert sind. In Berlin machte ein Parteimitglied ein solches Gruppenverhältnis sehr wahrscheinlich in den Konföderationen.

Über noch immer gibt es Parteigruppen und ganze Parteibeiräte, wo nur zu wenige Kommunisten in den Genossenschaften sind. Für alle Genossen heißt es deshalb: macht's nach!

### Kommunistische

#### Genossenschafts-Literatur verboten.

Unter den 26 ausländischen Zeitschriften, denen das Verbot in der Zeitschriftsliste 1924 wegen staatsfeindlichen Inhalts ausgesprochen wurde, ist ebenfalls die „Der kommunistische Genossenschaftler“ sowie das Bulletin der Kooperativen Section des G.A.R. Die Genossenschaft in Klassenkampf. Sogar die „Genossenschaftszeitung“ der proletarischen Opposition ist wegen ihrer „staatsfeindlichen“ verboten.

### Kommunistischer Wahlerfolg in Basel.

Die Kommunisten beteiligten sich zum ersten Male an den Wahlen des Genossenschaftsrats zum Allgemeinen Konföderationsrat in Basel. Die hatten den Sozialdemokraten vorgeschlagen auf Grund bestimmter Forderungen gemeinsam die Bürgerlichen vorzugeben, was die Sozialdemokraten ablehnten. Bei der Wahl erhielten die Kommunisten 29, die Sozialdemokraten 43, die Bürgerlichen 26 Stimm. Zudem findet ein scharfer Kampf gegen die Bürgerlichen statt.

### Zurücknahme der Ausschüsse in Schwarzenberg.

In der am 12. Juli stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurde mit 267 gegen 66 Stimmen ein Antrag angenommen, der die beiden ausgeschlossenen Ausschleissratsmitglieder Ebert und Berger wieder in ihre alten Rechte einsetzt.

### Genossenschafts-Bezirkskonferenzen.

Am 21. Juni fand in Chemnitz eine Genossenschafts-Bezirkskonferenz der drei sächsischen Bezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz statt, wo 22 Delegierte anwesend waren. Während acht Stunden erörtert Arbeit wurde die reichhaltige Tagesordnung erledigt. Die Konferenz fand am 19. Juli in Hamburg eine Genossenschafts-Bezirkskonferenz statt, die von

### Wie können die Schutzpöle verhindert werden?

Die „Volkstimme“, SPD-Zeitung in Chemnitz, schreibt: „Es wirkt sich die Frage auf, wird die Einführung und der Hinweis auf die angenommenen Entschlüsse (auf den Genossenschaftstagen. — Die Neb.) die Einführung der Schutzpöle verhindern, d. h. die bürgerlichen Parteien zur Zurücknahme des Entwurfs veranlassen? Nein, niemals, sondern mit rücksichtsloser Brutalität wird im Reichstag Klassenpolitik getrieben werden. Auch gleich, ob 12 Millionen Genossenschaftler dagegen protestieren werden.“

Das durch den außerparlamentarischen Kampf werden die Schutzpöle verhindert? Genossenschaftsmittglieder, erzwingt eine klare Stellungnahme der Genossenschaftsbürokratie zu den Forderungen der SPD im „Offenen Brief“ an den Bundesvorstand des DGB.

39 Delegierten besucht war. Die Konferenz nahm drei Entschlüsse an und war für die Arbeit des Bezirks sehr fruchtbringend. In einem Antrag an die Bezirksleitung heißt es: „Da die Genossenschaftswoche in unserem Bezirk nicht durchgeführt ist, verlangen wir von der Bezirksleitung, daß baldmöglichst nach der Antikriegs-Kampagne eine zwei- bis dreiwöchentliche Presse- und Verleumdungskampagne zum Eintritt aller Kommunisten in die Genossenschaften durchgeführt wird.“

### Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin liest die Broschüre

#### Lenin's: Ueber die Genossenschaften.

Entfällt sämtliche Neben und Aufsätze Lenin über die Genossenschaftsfragen. 104 Seiten, 70 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung oder direkt durch den Allgemeinen Genossenschafts-Verlag, Berlin-Friedrichshagen.

### Parteibeschlüsse zur Genossenschaftsarbeit.

Die zehn Unterbezirkskonferenzen des Bezirkes Nieder- rhein nahmen auch zur Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaftlichen Zeitschrift und beschlossen eine Resolution, in welcher es nach der Darlegung der Aufgaben der Kommunisten in den Genossenschaften heißt:

„Durch die Beschlüsse der Kongresse der K.P. sind alle Parteimitglieder zum Beitritt in die Konföderationen und zur aktiven Arbeit in diesen im Sinne der Beschlüsse der K.P. verpflichtet. Die Unterbezirkskonferenz ruft allen Genossen, die aus diesen Beschlüssen für jeden erwachsenen Pflichten in Erinnerung und erwartet reichliche Durchführung dieser. Der Arbeit in den Konföderationen muß eine viel größere Beachtung als bisher geschenkt werden und ist die Gesamtpartei für die Durchführung dieser Arbeit in der gleichen Weise wie bei der Gewerkschaftsarbeit verantwortlich. Die Unterbezirkskonferenz verpflichtet alle Ortsgruppenleitungen zur Bildung von Genossenschaftsfraktionen in allen Orten, in denen sich Verteilungsgeschäften und Konföderationen befinden. Die Fraktionen der einzelnen Orte sind im Bereich der einzelnen Konföderationen zu einer Gesamtfraktion zusammen zu fassen.“

Der Bezirksparteitag des Ruhrgebietes, der am 5. Juli in Essen stattfand, nahm zur Genossenschaftsarbeit eine Resolution an, in der nach einer allgemeinen Einleitung gesagt wird:

„Der Bezirksparteitag bringt deshalb den Parteimitgliedern erneut nachdringlichen Befehl des G.A.R. vom 31. Oktober 1924 in Erinnerung:

Jeder Kommunist ist verpflichtet, in eine Konföderation einzutreten und in der kommunistischen Fraktion, zu der die in der Genossenschaft organisierten Kommunisten zusammengefaßt werden müssen, eine gründliche Arbeit leisten, um die wegen der verärräterischen Politik und Prozeß der Genossenschaftsbürokratie oppositionell gestimmten Genossenschaftsmittglieder als Sympathisierende um die kommunistische Fraktion zu gruppieren.“

Die kommunistischen Fraktionen müssen zusammen mit den Sympathisierenden einen innerparteilichen Kampf zur Überwindung der Genossenschaften führen. Die Genossenschaftsmittglieder müssen von den verärräterischen Führern geläubert und den Klassenzielen des revolutionären Proletariats dienbar gemacht werden.

In Anbetracht dieses Beschlusses des G.A.R. sowie von oben angeführten Tatsachen ausgehend, beschließt der Bezirksparteitag Folgendes:

1. Die Besetzung eines Mitglieds, unterzögig eine großzügige Propaganda zum Eintritt in die Konföderation zu entfalten.
2. Alle Parteimitglieder werden verpflichtet, Mitglied einer Konföderation zu werden.
3. Die Unterbezirks- sowie Ortsgruppenleitungen werden verpflichtet, unterzögig den Aufbau der Genossenschaftsfraktionen vorzunehmen.“

Nicht nur in diesen, sondern in allen Parteibezirken müssen diese Beschlüsse durchgeführt werden.

### Fälschermethoden.

In der „Konföderationsschriftlichen Rundschau“ vom 4. Juli veröffentlicht die Genossenschaftsbürokratie Auszüge aus einem angeblichen „Rundschreiben“ der Zentrale der SPD, (Volksrat), worin nachgewiesen werden soll, daß die kommunistischen Konföderationen durch die Unterbrechung der oppositionellen „Genossenschaftszeitung“ nicht die Informierung ihrer Mitglieder, sondern lediglich die Finanzierung dieser Zeitung bezwecken. Wir erklären dazu, daß ein solches „Rundschreiben“ der Zentrale der SPD, nicht existiert und daß die Genossenschaftsbürokratie das Exzerpt eines falschen Beschlusses aus dem Archiv zu diesem Fälschermethoden greift. Im Kampf zur Verteidigung der „Genossenschaftszeitung“ ist der Bürokratie kein jedes Mittel recht.

### Einiges zur Genossenschaftsfrage.

(Arbeiterkorrespondenz)

Partei, Genossenschaften und Genossenschaften sind Organisationen, deren Bestrebungen dahin gehen, die Produktionsmittel in eigene Hände des Proletariats zu nehmen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Dieses zu erreichen, wird schwere Kämpfe kosten und eine eiserne Disziplin erfordern. Letztere fehlt noch beinahe vollständig.

Genossen und Genossinnen! Der Stimmzettel und das Parlament bringen uns keinen Schritt weiter in diesen Kämpfen. Das heißt fest, und ein jeder Arbeiter möchte ihn die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Selbsthilfe immer die beste ist. Wie wenig dies erkannt wird, zeigt die Einstellung vieler Arbeiter, man kann ruhig behaupten, daß der größte Teil der Arbeiterklasse, den Konföderationen gegenüber, Organisationen, die von der Arbeiterklasse geschaffen sind.

Leider betrachten die Arbeiter den Konföderation als einen Krämerladen, wie einen jeden anderen, wie könnte es sonst vorkommen, daß der Unmut fängt, daß heißt, wenn ein jedes Mitglied die Genossenschaft als sein Geschäft betrachtet wollte, wäre dieses unmöglich. Genossen, daß diese Gleichgültigkeit der Genossenschaft gegenüber ein Ende nehmen muß, ist eine Bedingung, denn in unseren Kämpfen um die Macht werden wir die Konföderationen unbedingt haben müssen. Darum kämpft sie und trägt eure lauer verdienten Kräfte nicht in andere Geschäfte, die uns vielleicht noch bekämpfen. Genossen, kämpft eure Frauen auf, macht sie auf die Notwendigkeit der Stärkung der Genossenschaften aufmerksam, daß sie sich nicht durch einige billige Zugartikel leiten lassen, in anderen Geschäften zu kaufen.

Genossen und Genossinnen, tue jeder seine Pflicht, machet nicht eure Geschäfte, umgekehrt, agitiert für die Genossenschaft.

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Körner, R. D. H. Berlin.

## Fordert Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen! Sammelt Unterschriften für die Vollamnestie bei den Arbeiterfrauen in den Verteilungsstellen der Konsumvereine.

# Gewerkschaftsbewegung

## Neue Hebe des Baugewerksbundes gegen den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter

### Kämpfe, jetzt für die Einheitsfront!

Das „Volkswort“ freut sich dießmal, daß der Vorstand und Beirat des BSBZ in der Sitzung am 17. d. M. die Verhandlungs-Grundlage der mit christlichen Einzelgewerkschaften dort vorliegenden Vertreter des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter abgemacht hat. Der zweite Vorsitzende des BSBZ, Bernhard, war der Hauptverhandlungsmacher, und das „Volkswort“ kommentiert diese Schritte folgendermaßen:

Ein anderer Beschluß des Beirats war kaum zu erwarten. Der feine laute Kartell so plump aufweist, wie die Kommunisten auf ihrem Parteitag, der kann nicht verlangen, daß ein ehrlicher Mensch sich mit ihm zusammen an einen Tisch setzt. Die Führer des Baugewerksbundes wären Prügel wert, wenn sie die Organisation noch einmal zum Lummelstück verdrückt gemachter Leute hergeben würden. Der einzig richtige Standpunkt ist: Wer kommen will, mag kommen, aber Sanitätler und Kabaumacher, die mit einem großen Spieß überkommen werden müßten, sollen draußen bleiben.

Eine solche Haltung zeigt von einer Engstirnigkeit, die der gesamten Arbeiterbewegung zum Schaden ausläuft. Jedermann weiß, welche aktive und feste Organisation die Organisation der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist. Mit einer solchen Organisation Verhandlungen abzulehnen, zeigt, daß der Gegenpartei die zu jedem Kampfe lothringend notwendige Geschlossenheit der Arbeiterbewegung gleichgültig ist, daß sie der Arbeiterklasse in den Rücken fällt.

Nehe als folgende Verhandlungsbasis anbieten, konnte von dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter nicht in Betracht kommen:

1. Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist bereit, sofort mit allen Mitgliedern und allem Vermögen zum Baugewerksbund überzutreten.
2. Die Besetzung soll nicht abhängig gemacht werden von der Übernähmung der Angehörigen.
3. Zur Durchführung der technischen Überführung wird eine gemeinsame Kommission eingeleitet.
4. Während der Übergangsperiode werden gemeinsame Streikleistungen in den Orten gebildet, wo Mitglieder beider Verbände vorhanden sind. Die Zusammenlegung kann eine partielle oder proportionale sein.
5. Bis zum Abschluß der Besetzung soll der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter dieselben Streikunterstützungen, wie der Baugewerksbund.
6. Die Besetzungsgespräche sollen im Geiste größter Kameradschaftlichkeit geführt und abgeschlossen werden.
7. Den Kämpfern sollen die gemeinsamen Kampfkampfschlüsse sofort von der Besetzung Kenntnis zu geben um ihren Kampfwillen zu steigern und den Unternehmern den einheitlichen Kampfwillen zu zeigen.
8. Die Bedingungen der Besetzung sind sofort dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter zu übermitteln, damit dieser sie umgehend beraten und ratifizieren kann. Zugleich ist der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter bereit, noch zwei bedeutungsvolle Kollegen zu entsenden.

Die Verhandlungsbasis beruht sich darauf, daß der Vorstand des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Berlin, Paul S e i e r, anderen Sinnes ist, als der gesamte übrige Verband, und daß dieser eine ebensolche Engstirnigkeit bekennt, wie die Verhandlungsbasis selbst. Jedermann begreift, daß dieses eine Finte ist und daß die Sache Kaiser innerhalb der Organisation keine Entscheidung finden wird zu entscheiden.

Wenn die Unternehmer aber rechnen, daß diese Dinge der Kampf der Bauarbeiter irgendwelchen Abbruch tun könnten, und daß sie sich weiter auf hohe Wände lassen können (wie sie es in Magdeburg noch getan haben), so treten sie gemaltig. Die Kampfbasis liegt fest! Die Mitglieder aller beteiligten Arbeiter-Organisationen sollen sich sofort an die Spitze stellen und in dem mächtigsten Meinung die Reihen halten noch lange durch! Das haben auch die Kollegen überflüssig Streikunterstützungen in Halle wieder gezeigt.

Den Baugewerksbündlern aber sagen wir bei dieser Gelegenheit noch einmal nachdrücklich: Wir Ausschlossenen sind für die Besetzungsbasis, nicht für das Kartell! Sogar Jhr, die Ihr gerade im Kampfe die Notwendigkeit des Zusammengehens erkennt, daß der BSBZ unsere Vorschläge annehmen muß.

## zur Bauarbeiterausperrung in Weißenfels

Die Verwaltung des Baugewerksbundes in Weißenfels schreibt:

Auch hier in Weißenfels hat man es an Größtmöglichkeit durch den Bauarbeiterverband, ein SSBZ, nicht fehlen lassen. Man schied den ausgeschlossenen Bauarbeitern die Möglichkeit der Unterbringung der Arbeiterorganisationen für das Baugewerbe in der ausreichen Höhe erhalten zu können. Die Bauarbeiter sind sehr verwundert über die Unterstützung der Arbeitgeber, da diese Schreiben nur zur Aufklärung der gesamten Bauarbeiterklasse dienen, denn die brutalen Vergehen der Ausschlossenen sind die gleichen wie in anderen Orten. Das ist ein solches Verbrechen der Bauarbeiterbewegung sehr deutlich. Wie ist es möglich, die schnellen Anstellungen von Kurzarbeitern sowie Motorarbeitern, aber wir hatten ja bald vergessen, daß die Herftjahre 80 und mehr Prozent Zuschlag für sich in Anspruch nehmen!

Eine Ausperrungsverordnung in Weißenfels, gelobt, mit großer Energie in dem aufzugehenden Kampf bis zum letzten Ende auszuhalten und freis geschlossen im vollen Vertrauen hinter ihrer Orts-, Bezirks- und Hauptleitung zu stehen.

## Streikbewegung der Tapezierer

Die Ortsverwaltung Halle der Sattler und Tapezierer erfährt uns folgendermaßen:

Wesentlich sind die Tapezierer in Halle am Montag in den Streik getreten. Die Arbeiter verlangen die Schließung der Betriebe der Unternehmern zuzuschreiben. Es ist daher nötig der Öffentlichkeit die Sachlage zu unterbreiten. Seit 1921 mühen sich die Tapezierer notwendig den Tischlerarbeiten anschließen. Auch am 18. Februar 1925 war nochmals ein Abkommen getroffen, wonach die Entlohnung sich nach dem Holzgewerbe richtet. Diese Vereinbarung hatte aber nur lothringende Gültigkeit bis die nachfolgenden Parteien eine andere Regelung getroffen hatten. Dieses Abkommen bezieht heute noch, obwohl die Arbeitnehmer eine andere Regelung beantragt haben, und zwar einen besonderen Tarifabschluß. Die Arbeitgeber haben sich aber an das bestehende Abkommen nicht mehr gebunden zu erachten, denn durch ein Rundschreiben sind die Arbeitgeber von ihrer Organisation ausgeschlossen worden, die Tarifregelung von 8 Wp. pro Stunde ab 17. Juli nicht zu beibehalten, obwohl sie den Tapezierern rechtlich zulässig. So mühen letztere mit dem alten Spitzenlohn von 20 Wp. nach Hause gehen. Da die beruflichen Verhältnisse sich bedeutend geändert haben, haben die Tapezierer sich veranlaßt, den Arbeitgebern einen Tarifentwurf vorzulegen, der die letzten Bestimmungen wie die Lohnregelung veranlaßt löst. Dieser Tarifentwurf umfaßt 20 Paragraphen. Diesen Entwurf lehnten die Arbeitgeber ab, sie wollten keinen besonderen Tarif abschließen. Schließlich haben die Arbeitgeber

aber doch ein, daß eine Notwendigkeit für einen besonderen Tarif vorlag, worauf eine Verhandlung angelegt wurde. In dieser wurde ein Gesamtentwurf vorgelegt mit 36 Paragraphen. Über 37 Paragraphen erfolgte eine Einigung. Die verbleibende Abregelung wollten die Arbeitgeber im Tarif nicht festlegen. Die Streitfrage über die Lohnregelung und die Arbeitszeit wurde nun dem Schlichtungsausschuss übergeben. Der Schlichtungsausschuss am 10. Juli 1925 befragt:

1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 8 Stunden; eine Verringerung der Lohnen bei Beträgen unter 100 Mark. Die Löhne sind wachsend bei Beträgen über 100 Mark. Die Schlichtungsausschuss lehnt die Arbeitgeber ab. Trotzdem haben die Tapezierer am 21. Juli eine Lohnforderung aufgestellt, und zwar auf die bestehenden Spitzenlöhne ab 17. Juli bis 15. September 15 Wp. in zwei Raten. Die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung über diese Forderung ab, auch wurde kein Zugeständnis im irgendeiner Form gemacht. Der Geschäftsleiter der Tapezierer war gerichtlich. Ein Tarifvertrag wurde verlangt, verhandeln wollten die Arbeitgeber nicht, so blieb keine weitere Möglichkeit übrig, als den Kampf aufzunehmen. Die Tapezierer beschließen hierauf den Streik und legten die Arbeit am Montag nieder. Von den 50 Tapezierern, die streikten, sind bereits 20 zu den geordneten Arbeiten wieder in Arbeit getreten. Auch von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ist die Fortsetzung herwillig worden. Sie sind mit dem Vorgehen des Herrn Knab, der hier den Schlichtungsausschuss nicht einverstanden. Die noch im Streik befindlichen Tapezierer sind durchweg in größeren Betrieben beschäftigt, mit Ausnahme von Knab, Knab und einigen kleinen Geschäften. Wenn die Streikenden sich nicht beirren lassen, werden sie den Sieg davontragen.

## Eisenbahner, schließt Lunccki!

Am 4. August hat vor dem Weisburger Kriegsgericht ein neuer Prozeß gegen den kommunistischen Sejm-Abgeordneten Lunccki begonnen.

Der jetzt 43jährige Genosse hat seit einem vierzehnjährigen Lebensjahr in der gewerkschaftlichen Eisenbahnerkassen wegen dieser Tätigkeit häufig von seinen Weisern verfolgt. Als 23-jähriger trat er anlässlich der Ernennung von vier Profeten durch die Eisenbahnerkassen als erstermal öffentlich auf. 1904 wurde er als Eisenbahnerkassenmitglied in die Eisenbahnerkassen aufgenommen. Im Jahr 1910 trat er eine führende Stelle in den Eisenbahnerkassen und als Mitglied. Bald wurde er in das Zentralkomitee der Eisenbahnerverbände gewählt.

Auch während des Krieges war er in der Eisenbahnerkassen ein wichtiger Mann. Er hat sich für die Eisenbahnerkassen in der Zeit des Krieges wegen seiner revolutionären Tätigkeit in der Eisenbahnerkassen entzweit, war er der politischen Bourgeoisie besonders verhaßt.

Genosse Lunccki, der sich auch in der internationalen Arbeiterbewegung einen Namen gemacht hat, muß von den Eisenbahnerkassen ausgeschlossen werden, um die Eisenbahnerkassen zu verhindern. Die politische Bourgeoisie will die Eisenbahnerkassen nicht und operiert sich durch die Eisenbahnerkassen zu verhindern und ihre Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern. Die Eisenbahner aller Länder, besonders der an Polen unmittelbar angrenzenden, haben ein dringendes Interesse daran, die Festlegung der politischen Eisenbahnerkassen zu verhindern. Eisenbahner! Heraus zum Protest! Rettet den Genossen Lunccki!

## Differenzen in der Sattlerei bei Gottfried Lindner in Annemdorf

Der Verband der Sattler, Ortsverwaltung Halle, teilt fern mit: Ein eigenartiges Verhalten zur Verbilligung ihrer Fabrikate wendet die Fa. Gottfried Lindner in Annemdorf an. Während in der Sattlerei der Sattler für 8 Stunden einmündig 60 Minuten erhalten, sollen sie jetzt für 60 Minuten jeden Morgen einmündig. Wir wissen, daß bei Bemessung der Löhne das übersteht von den Arbeitern verlangt wird, und die Einführung obiger Verbilligung ist auf den Widerstand des Arbeiters getroffen. Die Löhne der Meister, die Inorganisierten an die Einmündigen übertragen, sind um 20 Prozent zu erhöhen, ist auch festgelegt, indem diese Leute ihre Entlohnung verlangt haben, genau wie unsere organisierten Kollegen. Das hatte man früher nicht ermarktet.

Durch diesen Konflikt haben nun 15 Sattler den Betrieb verlassen und die Meister verlangen nun für die Arbeit die der Selbstkosten Frauen und Mädchen heranzuziehen. Bei der besonderen Konstitution der Frauen würde die Ausführung dieser Arbeiten zu schweren Unterleiden führen müssen. Die Betroffenen müssen im geordneten Zustand den ganzen Tag arbeiten. Wie möchten der Betriebsleitung raten, sich unverzüglich mit dem Betriebsrat zu verständigen, ehe sich der Konflikt verzögert.

## Fabrikarbeiterverammlung in Wittenberg

Am Sonntag, dem 2. d. M., fand die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Jährlinge Wittenberg, statt. Dort gab zu dem ersten Male ein großer Anhang an Fabrikarbeitern teil. Der Verbandstag in Leipzig. Er leitete die geleistete Arbeit des Verbandes im allgemeinen und die Stellungnahme der Opposition zu einzelnen Tagesordnungspunkten im besonderen. Im Verhältnis ihrer kleinen Zahl hat die Opposition viel geleistet. In der darauffolgenden Diskussion, die sehr lebhaft und in jeder Hinsicht sehr fruchtbar war, wurde die Frage der Betriebsbeiräte Gelegenheit hatte, die Oppositionsleiter zu dem ersten Punkt der Tagesordnung auf dem Verbandstag zu hören, die Auffassung des Kollegen Ballhäuser voll und ganz. Keiner der anwesenden Generalversammlungsbelegten wandte sich bei der weiteren Aussprache gegen die Auffassung der Opposition.

Zur Tagesordnung Jährlinge brachte der Kollege Kührner einen Antrag ein, der die Bildung von Jugendorganisationen forderte. Es wurde eine Kommission gewählt, die die organisatorischen Vorarbeiten zwecks Gründung einer Jugendabteilung leisten soll.

Dann wurde der erste Beschlusspunkt beauftragt, falls sich gemäß der Erklärung des Hauptverbandes in dem Verbandstag die beiden Kollegen aus den Jährlingen, S. H. und H. H. Brandt, jeweils Wiederaufnahme in unsern Verband melden, das weitere nach Kenntnisnahme der Verwaltung bei dem Hauptverband zu veranlassen. Zur Frage der Induktiverwerbdingen die Meinungen dahin, daß aus persönlichen Gründen oder wegen Grenzstreitigkeiten von den einzelnen Organisationsstellen die Bildung von Jugendorganisationen nicht geboten wird. Einmal fanden die Streikungen zur Gewerkschaftseinheit ihren Niederschlag und der Wille, nach besten Kräften bei dem Zustandekommen mitzuarbeiten zu wollen. Nachdem noch der Bericht von dem Genuß in Weisgerode und der Bericht von dem Kaffeeer entgegenkommen wurde, und aus dem letzten zu ersehen war, daß es sich um einen vorläufigen Beschlus handelt, fand die Verammlung ihr Ende.

## Bergarbeiterverammlung in Neumarkt

In der in Neumarkt einberufenen Verammlung des Bergarbeiterverbandes referierte Genosse Seiffert über das Arbeitsvertragsabkommen im Bergbau und stellte dabei fest, daß dieses Arbeitsvertragsabkommen im Bergbau und Lag eine Produktionssteigerung von einer Lonne Rohlen brachte, daß aber die elende Lage der Bergarbeiterkassen immer schlechter wird. Der Referent schloß das Vorgehen der selben Organisation an, und ermahnte die Arbeiter, in nächster Zukunft mit der Räumung des Arbeitsvertragsabkommens zum 30. Dezember eine geschlossene aktive Arbeiterkassen vorhanden ist, die sich energig für eine Besserung ihrer Lebensbedingungen einsetzt. Anwesend waren etwa 70 Kameraden.

## Gewerkschaftsstatil und Wirtschaftslage

### Beitrag zum bevorstehenden Gewerkschaftstongeh

Ringende sind allgemeine inflatorische Phänomene geblieben als in der Gewerkschaftsarbeit, die unser wichtigstes Tätigkeitsfeld darstellt. Es konträre und schlagen das Beweismaterial ist, mit dem die Funktionen in den Verbänden arbeiten, um so leichter werden wir an Einfluß und Ansehen gewinnen.

Unser Angriff gegen die reformistische Bureaucratie wird von zwei Seiten geführt: einmal gegen ihre Abhängigkeit von der Kleinbürgerlichen SPD, also von der politischen Seite, und dann gegen die rechte Seite, unter der heutigen Verhältnisse abläuft, unter der die Arbeiter die nötige Weisheit ihrer Niederlage in die andere überleitet. Hier liegt auch der enge Zusammenhang mit unserer Beurteilung der wirtschaftlichen Tendenzen.

Die SPD-Gewerkschaftsbureaucratie lüdt in erster Linie jedem Kampf aus dem Wege zu gehen, um die Reihen zu lockern; ist aber der Kampf durchaus nicht zu vermeiden, so ist sie nach allen Kräften bestrebt, ihn zu isolieren, seine Ausbreitung zu verhindern, um den anderen Arbeitern Opfer zu ersparen. Wir betrachten dagegen eine völlig andere Auffassung. Wir sind auch ohne Streikfrage und rufen nicht bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit: Streik, Streik, wir lehnen auch nicht die Führung örtlich und brandmäßig begehrt. Aber die Erfahrung hat gezeigt, und jeder Tag beweist es noch mehr, daß die Streikfrage die einzige Weisheit der Gewerkschaftsleitung die Berechtigung vorhanden ist, und wir müssen planmäßig dahin wirken, daß, wenn es die Lage erlaubt, jeder Kampf auf möglichst breite Arbeiterbasen ausgedehnt wird.

Der Beweis für die Richtigkeit dieser Taktik ist: So lange die Gewerkschaften die Unternehmern durch die Isolierung der Kämpfe unterliegen, fällt es dem Ausbeutern, das durch ein gemeinsames Vorgehen die isolierten Aktionen um jeden nennenswerten Erfolg zu bringen. Bei dem heutigen Verhalten der Gewerkschaften ist jeder Konflikt einem Kampf vergleichbar, bei dem der Gegner (der Unternehmer) von vornherein alle Maßnahmen des anderen Jelles kennt. Erst wenn der Kapitalist fürchten muß, daß seine durch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter zu Auslösung breiter Massenbewegungen führen kann, wird er leichter bereit, durch Zugeständnisse in den Verhandlungen Zugeständnisse zu erteilen, und wenn es zu einem Kampfe gekommen ist, wird er auch unter diesen Umständen schlügen, wenn er gewarnt sein muß, daß eine Weiterleitung der Bewegung eintreten kann, die seine Ausbeute weiter vermindert.

Zur die Richtigkeit unserer Gewerkschaftsstatil und für die Folgerichtigkeit unserer politischen Taktik liefern uns vor allem die wirtschaftlichen Tatsachen jeden Tag neue Beweise.

In Deutschland ist eine Menge fremden Kapitals angelegt, für das jedes Jahr große Ansummen aus dem Ausland geschickt werden müssen. Ferner besteht eine große Verbilligung an das Orientepital durch die Zahlungen aus dem Dames-Bat. Die Unternehmern versuchen u. a. diese Gelder durch die Arbeiterkassen abzumalen, daß sie die Kaufkraft fürchten. Hierzu ist nicht einmal ein Abbau der Löhne nötig. Es genügt schon, wenn die Arbeiter mit preiswerten Waren freigeht als die Löhne. Diese Erscheinung beobachten wir besonders im gegenwärtigen Augenblick: In ganz Deutschland geht das Unternehmern zum Angriff auf die Reallohne vor, unterteilt von einer ihm ergebenden Regierung. Um zu verhindern, daß der Erfolg dieses Vorgehens durch die spätere Einführung einer Lohnsteuer nicht wieder durch ein weiteres Ansteigen die Bürgerkriegsregierung in Gemeinschaft mit dem Ausbeutern Deutschland mit Schuppulmannen.

Daß die Gewerkschaften gegen die Lohnverbilligung Widerkampfe führen müssen, ist unabweislich. Aber daß sie gegen diesen Ausbeutereingriff, der eine Generaloffensive von geordnetem Unternehmern und Regierung darstellt, nur dann große Erfolge erzielen können, wenn sie als Massenorganisationen einen Massenstreik im Sinne unserer oben dargelegten Taktik, ist ebenso leicht einzusehen.

Während des Krieges und der Inflation haben sich die deutschen Kapitalisten mehr mit Spekulation befaßt als mit der Verbesserung des Produktionsapparates. Kein Wunder, daß sie heute ihre Waren teurer verkaufen als die vorliegenden Löhne, und daß sie in der Konturrenzen am Weltmarkt mit ihren Preisen unterliegen. Auch hiergegen versuchen sie sich durch Abbau der Reallohne und durch die Einführung einer Lohnsteuer zu helfen, wobei die einmündigen Verbraucher sich zu entscheidenden Verlusten für die Unternehmern im Ausland. Außerdem glauben sie durch Verlängerung der Arbeitszeit auf Rollen der Arbeiter die Herstellungspreise zu lenken. In der ersten Hälfte des Jahres 1924 führten die Unternehmern einen erfolgreichen Angriff auf den Achtstundentag durch, indem sie die Arbeitszeit verlängern wollten, was durch die Verbände und die beteiligten Betriebe in der Umkehr dieser reaktionären Bestrebungen zusammenarbeiten, desto mehr Aussicht bezieht für den Erfolg der Arbeiterseite.

Mit einer bisher ungenutzten Geschwindigkeit vollzieht sich nach Beendigung der Inflation die Konzentration des Kapitals, die Verammalung der großen Betriebe zu Syndikaten, Kartellen und Trusts. Viel mehr als in der Vorzeitigkeit benutzen diese Organisationen die Massenbewegungen der Arbeiter, indem sie sich bei Kämpfen in einem Einzelbetrieb gegenseitig durch Arbeit, Streikarbeit usw. helfen. Diese Erleichterung können die Gewerkschaften nur ausgleichen, indem sie die Bewegung auf alle in Betracht kommenden Werke ausdehnen, so daß die gegenseitige Hilfe der Unternehmer unmöglich wird.

Die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder gegenüber der Vorzeitigkeit etwas vermindert. Ihre Kampfmöglichkeiten haben sich ebenfalls vermindert. Daher muß die reformistische Gewerkschaftsleitung diese Möglichkeiten nicht ausnützen können, noch wollen, sind sie die stärkste Stütze des Ausbeutens geworden. Wenn es uns gelingt, die großen Massen der Gewerkschaftsmitglieder durch die oben aufgeführten Zusammenhänge an Hand ihrer eigenen bitteren Erfahrungen von der Richtigkeit unserer Gewerkschaftsstatil zu überzeugen, werden sie die Schlußfolgerung der reformistischen Einstellung erkennen, das Vertrauen zu unserer Führung gewinnen und unseren Forderungen folgen. Der organisatorische und Kampfaufbau der englischen Gewerkschaften liegt auf diesem Weg. Folgen wir ihnen! Hallel!

## Der Kampf im Abtransportierergewerbe Halle

Der Streik geht in verärferteter Form weiter. Die Unternehmern glauben, mit Drohungen die Genossen einschüchtern zu können. Am Montag erhielten die kranken Kollegen ein Schreiben von den Arbeitgebern, in denen sie aufgefordert werden, bis zum 4. August, früh 9 Uhr, die Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten. Wir denken nicht daran, aus diesem Diktat der Herren zu beugen. Wir werden aushalten im Kampf, bis unsere gerechte Forderung durchgedrückt ist.

Weiter haben sich einige Elemente gefunden, die Streikzerstörer berichten. Es sind hier folgende Arbeiter: Bernhard Schick, Franz Giese, Wilhelm Berger, Otto Böhle, Hermann Wehlfahrt, Friedrich Schöndorfer und der Chauffeur von der Firma J. J. Lorenz mit Namen Ueberführ. Die ersten fünf sind Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Wir geben dieses der Arbeiterkassen von Halle hierdurch bekannt. Die Streikleitung.

# Genosse! Was sagt Dein SPD.-Kollege zu dem Angebot des gemeinsamen Kampfes im geistigen „Massetenkampf“?